

Insolvenzen | 04.08.2016 | Lesezeit 3 Min.

Weniger Pleiten, Gründer und Innovationen

In diesem Jahr dürften maximal 22.000 Unternehmen in Deutschland in die Insolvenz gehen - so wenige wie noch nie seit der Einführung des aktuellen Insolvenzrechts 1999. Gleichzeitig gibt es allerdings auch immer weniger Gründungen, was die Erneuerung der Wirtschaft durch innovative Geschäftsmodelle und Produkte bremsen könnte.

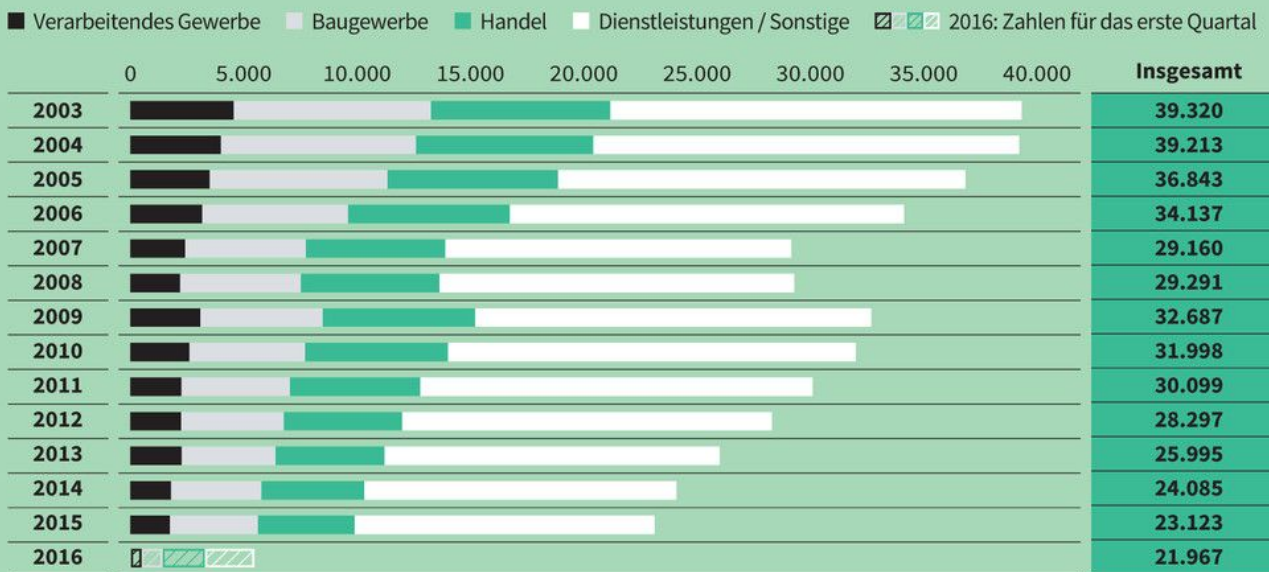
Zunächst einmal ist es eine gute Nachricht: Mit Ausnahme der Krisenjahre 2008/2009 geht die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland seit 2003 zurück. In diesem Jahr dürften die Insolvenzanzeigen sogar einen neuen Tiefststand erreichen (Grafik):

Im ersten Quartal 2016 wurden 5.436 Insolvenzanträge gestellt, sodass bis zum Jahresende mit etwa 22.000 Fällen zu rechnen ist - das wären rund 1.100 weniger als 2015.

Die meisten Insolvenzen - nämlich neun von zehn - erfolgen in den eher binnenwirtschaftlich ausgerichteten Bereichen, also im Dienstleistungssektor, im Handel, in der Gastronomie und in der Bauwirtschaft. Auf das Verarbeitende Gewerbe entfielen im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre lediglich rund 8 Prozent der Insolvenzen.


Immer weniger Betriebe müssen aufgeben

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

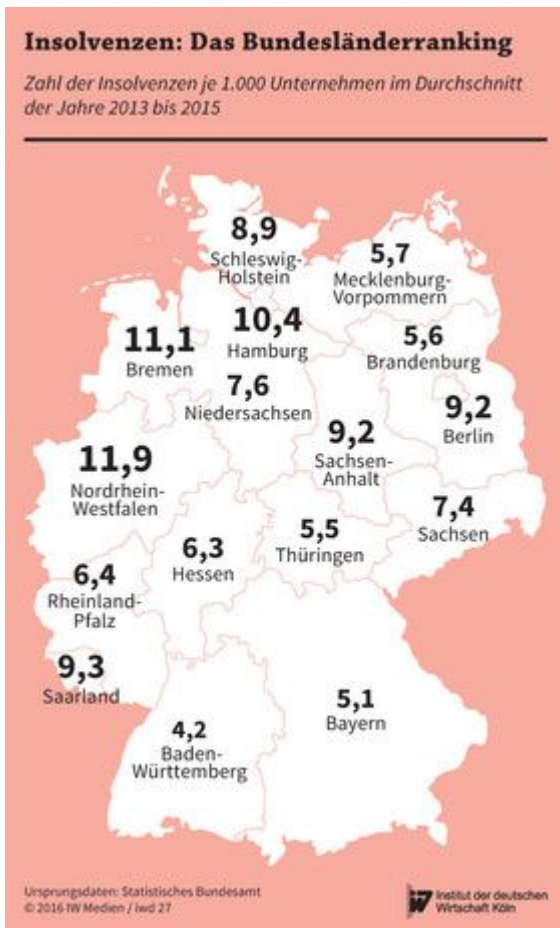


2016: Schätzung

Ursprungsdaten: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd 27

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

**NRW mit höchster Insolvenzquote, Baden-
Württemberg mit niedrigster**



Trotz des bundesweit rückläufigen Trends fällt die Insolvenzquote in den einzelnen Bundesländern recht unterschiedlich aus (Grafik). Nordrhein-Westfalen weist mit fast 12 Insolvenzen je 1.000 Unternehmen im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre die höchste Quote auf, gefolgt von Bremen und Hamburg, wo jeweils 10 bis 11 von 1.000 Firmen ihre Tore schließen mussten. Nur halb so hoch sind die Insolvenzraten dagegen in Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen.

Das Insolvenzgeschehen wird im Wesentlichen von zwei Größen beeinflusst. Da ist zum einen das wirtschaftliche Umfeld, das von den Unternehmen selbst nicht gesteuert werden kann. Dazu zählen beispielsweise die konjunkturelle Entwicklung, die Konkurrenzsituation sowie staatliche Regulierungen und Eingriffe. Zum anderen bestimmen betriebswirtschaftliche Faktoren wie die Unternehmensrendite, die Kapitalausstattung und die Reaktionen auf strukturelle Veränderungen – etwa auf den Absatzmärkten – das Insolvenzrisiko.

In Boomphasen weniger Firmenpleiten, in Rezessionen mehr

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist der entscheidende gesamtwirtschaftliche Faktor – und der Zusammenhang liegt auf der Hand: Während konjunkturelle Schwächephase in der Regel zu mehr Firmenpleiten führen, ist in

Zeiten hohen Wirtschaftswachstums aufgrund der entschärften Wettbewerbssituation tendenziell mit weniger Insolvenzen zu rechnen. Für Deutschland hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) diese Wechselwirkung in konkrete Zahlen gegossen:

Kurzfristig führt ein Anstieg des BIP um 1 Prozent zu einem ebenfalls 1-prozentigen Rückgang der Insolvenzen; langfristig vermindert sich die Insolvenzzahl dann sogar um rund 3 Prozent.

Die andere entscheidende Größe für die Insolvenzgefahr kann von den Betrieben selbst gesteuert werden: die Eigenkapitalausstattung. Grundsätzlich sind Unternehmen mit hoher Eigenkapitalquote eher in der Lage, konjunkturelle Durststrecken durchzustehen, als solche mit wenig Eigenmitteln. Die Novellierung der Bankenregulierung, bekannt unter dem Stichwort Basel II, hat dazu geführt, dass die Firmen in Deutschland ihre Eigenkapitalbasis kontinuierlich verbessert haben:

Bundesweit legte die Eigenkapitalquote der Unternehmen zwischen 2003 und 2013 um rund 14 Prozentpunkte auf fast 24 Prozent zu.

Im Vergleich der Bundesländer fiel der Anstieg allerdings recht unterschiedlich aus. In Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gab es mit 19 beziehungsweise 17 Prozentpunkten die deutlichsten Erhöhungen der Eigenmittel. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg verbesserten die Unternehmen ihre Eigenkapitalquoten innerhalb von zehn Jahren lediglich um 6 beziehungsweise 8 Prozentpunkte - was sich wiederum mit den vergleichsweise hohen Insolvenzquoten deckt.

Gefährlich für die deutsche Wirtschaft: Neuerungen setzen sich langsamer durch, wenn sich immer weniger innovative Gründer auf den Markt wagen.

So gut die Nachricht von sinkenden Insolvenzzahlen auch klingt, sie birgt einen Makel: Marktaustritte sind - ebenso wie Unternehmensgründungen - eine Begleiterscheinung des Strukturwandels, der für eine kontinuierliche Erneuerung der Wirtschaft und für die Durchsetzung von Innovationen notwendig ist. Tatsächlich steht der sinkenden Insolvenzzahl eine vergleichbare Abnahme der Unternehmensgründungen gegenüber. Damit besteht für die deutsche Wirtschaft die Gefahr, dass sich Neuerungen immer langsamer durchsetzen, weil es nur wenige Gründer wagen, mit innovativen Geschäftsideen etablierte Unternehmen mit veralteten Produkten und Prozessen vom Markt zu verdrängen. Insbesondere bei digitalen Dienstleistungen zählt Deutschland

schon heute zu den Nachzüglern, während in der Industrie viele Innovationen von bestehenden Unternehmen entwickelt werden.

IW-Trends 3/2016

[Klaus-Heiner Röhl, Gerit Vogt: Unternehmensinsolvenzen – Anhaltender Rückgang bei fortbestehenden regionalen Differenzen](#)

Kernaussagen in Kürze:

- Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland geht seit Jahren zurück.
- Dieses Jahr dürften etwa 22.000 Betriebe zahlungsunfähig werden - das sind rund 1.000 Unternehmen weniger als 2015.
- Die meisten Insolvenzen erfolgen in den eher binnenwirtschaftlich ausgerichteten Bereichen wie dem Dienstleistungssektor, dem Handel, der Gastronomie und der Bauwirtschaft.